

Der Nationale Integrationsplan

Neue Wege – Neue Chancen – so lautet der Untertitel des Nationalen Integrationsplanes, über den der Deutsche Bundestag jüngst debattierte. Die Bundesregierung will mit ihm Ausländerinnen und Ausländer hinsichtlich ihrer Integration fördern und fordern. Der Opposition geht der Plan nicht weit genug oder sogar am Thema vorbei. Aber auch zwischen den Koalitionsfraktionen gibt es noch Meinungsverschiedenheiten, beispielsweise hinsichtlich des kommunalen Wahlrechtes für Nicht-EU-Ausländer. In der Integrationspolitik bleibt großer Diskussionsbedarf.

Staatsministerin Maria Böhmer stellte dem Parlament den Nationalen Integrationsplan vor.

„In Deutschland leben mehr als 15 Millionen Menschen aus Zuwandererfamilien. Das ist ein Fünftel der Bevölkerung. Viele dieser Menschen haben ihren Platz in unserer Gesellschaft gefunden. Sie sind erfolgreich. Sie tragen mit ihren Fähigkeiten und mit ihren Leistungen zum Wohlstand und zur Vielfalt unseres Landes bei. Und sie schaffen Arbeitsplätze: Ich verweise auf die 600 000 Unternehmer ausländischer Herkunft in unserem Land.“ Das ist die positive Bilanz, die Staatsministerin Maria Böhmer der Debatte um den Nationalen Integrationsplan voranstellte. Doch wo Licht ist, ist auch Schatten. Die Integrationsprobleme haben in den vergangenen Jahren zugenommen. Es gibt Menschen aus Zuwandererfamilien, die nicht genügend deutsch sprechen. Sie schneiden in Bildung und Ausbildung schwächer ab. Sie sind häufiger arbeitslos. Darunter sind viele – viel zu viele – junge Menschen. „Wir können es uns nicht leisten, dass es in unserer Gesellschaft eine verlorene Generation gibt.“, forderte deswegen Böhmer.

Nicht hinnehmbar sei vor allem, dass einige die Grundregeln des Zusammenlebens nicht akzeptierten. Integration brauche die Basis gemeinsamer Werte. Notwendig sei auf der Seite der Zuwanderer die Bereitschaft, sich auf ein Leben in Deutschland wirklich einzulassen. Böhmer: „Das heißt, Ja zu unserem Grundgesetz, zu unserer Rechtsordnung und zu unserer deutschen Sprache zu sagen.“ Notwendig sei auf der anderen Seite, dass diejenigen, für die Deutschland Heimat ist, wirklich offen sind gegenüber denjenigen, die hierher kommen, und sie ehrlich willkommen zu heißen. Für die Bundesregierung ist Integration also eine Aufgabe von nationaler Bedeutung. Maria Böhmer erklärte, die Regierung habe reagiert und in der Integrationspolitik umgesteuert. Der entscheidende Punkt sei, dass nicht mehr übereinander, sondern

miteinander geredet werde. In der Vergangenheit sei vieles nur über Beiräte geschehen. Jetzt würden die Ausländer gleichberechtigt eingebunden. 400 Personen haben am Nationalen Integrationsplan mitgewirkt. Zum ersten Mal hätten Migrantinnen und Migranten dabei eine aktive Rolle in der Integrationspolitik gespielt. Sie hätten sich der Verantwortung gestellt, was in vielen Selbstverpflichtungen im Nationalen Integrationsplan zum Ausdruck komme. Diese Selbstverpflichtungen seien ein besonderes Kennzeichen des Nationalen Integrationsplans. Die Bundesregierung habe selbst 150 Selbstverpflichtungen eingebracht. 750 Millionen Euro stünden im Haushalt dafür bereit, „dass Integration in unserem Land vorankommt“.

Der Erwerb der deutschen Sprache zieht sich wie ein roter Faden durch den gesamten Nationalen Integrationsplan. Es sei wichtig, dass die Kinder von der Grundschule an deutsch sprechen könnten, sodass sie dem Unterricht wirklich folgen könnten. Das sei ein entscheidender Punkt im Nationalen Integrationsplan. Die Länder hätten sich zur Sprachförderung in den Kindergärten und zur flächendeckenden Durchführung von Sprachstandstests verpflichtet. Für die Bundesregierung, so Böhmer, seien die Integrationskurse das entscheidende Instrument, um die Sprachförderung voranzubringen. Es gab viele Verbesserungsvorschläge in Bezug auf die Differenzierung nach Zielgruppen, die Erhöhung der Stundenzahl und das Angebot von Kinderbetreuung, sodass auch Mütter davon profitieren können. Die guten Vorschläge würden jetzt zügig umgesetzt. Die Integrationskursverordnung wird in Kürze auf den Weg gebracht sein. „Ich bin mir sicher, dass dann auch die finanziellen Mittel vom Bundestag bereitgestellt werden. Es wäre gut, wenn wir die vorgesehenen 155 Millionen Euro zur Verfügung hätten.“, warb Böhmer. Von Anfang an die deutsche Sprache zu fördern, bedeute aber auch, endlich die Sprachlosigkeit der Mütter zu überwinden. Die Regierung setze nicht mehr nur auf nachholende Integration. Das neue Zuwanderungsgesetz gehe in Richtung vorbereitende Integration. Es gab viel Kritik daran, dass schon im Herkunftsland erste Sprachkenntnisse erworben werden sollten. Böhmer hält das für richtig; „denn die Frauen, die in unser Land kommen, müssen sich verständigen und teilhaben können.“ Auch zur Bildung allgemein gibt es eine Vielzahl von Maßnahmen im Nationalen Integrationsplan. Wichtig sei, dass Schulen sich besser auf viele Kinder aus Zuwanderungsfamilien einstellen könnten. Deshalb wäre es wichtig, dass die Länder gesagt haben, sie wollten in den nächsten fünf Jahren dafür sorgen, dass alle Lehrerinnen und Lehrer über Fortbildungsmaßnahmen die Möglichkeit haben, an Sprachförderungsmaßnahmen teilzunehmen, sodass sie nachher im Unterricht wirklich diese Aufgabe leisten können, dass in jedem Fach – nicht nur in Deutsch – Sprachförderung stattfindet und die Bildungschancen sich für Kinder verbessern.

Bei der Ausbildungssituation sei es ein Alarmzeichen, wenn 40 Prozent der Jugendlichen ohne jegliche berufliche Qualifizierung blieben. Deshalb sei es entscheidend, dass beim Ausbildungspakt das Thema Integration jetzt fest verankert wurde. Es sei hoch anzuerkennen, dass Unternehmer ausländischer Herkunft gesagt haben: Wir wollen 10 000 Ausbildungsplätze mehr zur Verfügung stellen. Die Bundesregierung Sorge mit der Initiative „Aktiv für Ausbildung“, dem Jobstarter-Programm und der Flankierung durch das Sonderprogramm EQJ dafür, dass die Chancen besser

würden. Aber die Chancen müssten von den Jugendlichen und ihren Familien auch ergriffen werden.“

Auszug aus einem zusammenfassenden Bericht über die Vorstellung des Nationalen Integrationsplans im Bundestag am 9.11.2007 durch Frau Böhmer beim Informationsdienst für Politik, POLIXEA Portal (www.polixea-portal.de).